

Haushaltsrede UGLB 25.01.2022

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Steiner,
Sehr geehrte Mitarbeitende der Verwaltung,
Sehr geehrte Mitglieder:innen des Gemeinderates, sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,
sehr geehrte Presse,

trotz dem zweiten Pandemiejahr kann die Gemeinde in Bezug auf den Ergebnishaushalt positiv in die Zukunft blicken. Die Gewerbesteuererinnahmen liegen 6stellig über dem Planansatz des Jahres 2021.

Auch die Weichen im Hinblick auf die Wasserversorgung sind dahingehend gestellt, dass auch bei einem künftigen trockenen Jahr Wasser aus den Hähnen der Bürger fließt. Dies sollte aber kein Anreiz für weitere Poolinstallationen sein. Wasser ist weiterhin ein kostbares Gut und Lebensmittel, welches sparsam eingesetzt werden sollte.

Die Innenentwicklung der Gemeinde Birkenfeld ist eine historische Chance, diesen durch Neubauten attraktiver zu gestalten. Es geht dabei um die Gebiete: Friedrich-Silcherschule mit dem Kindergarten St. Klara und der Bibliothek mit Mehrzweckraum, das Dittus-Areal, sowie die Bereiche bis zur Post und Marktplatz, zuzügl. den Flächen hinter der Apotheke im Centrum, dem Areal Zaungässle und dem Stahl-Areal. Hinzu kommt der Kindergarten Pappelstraße und ein neugestalteter Bauhof.

Die kommunalen Neubauten innerhalb der Areale führen einerseits zu langfristigem Anlagevermögen der Gemeinde, aber auch zu laufenden Unterhaltungskosten.

Für die UGLB ist es wichtig, dass die Neubauten unter energetischen Gesichtspunkten und im Bereich der Energieversorgung so gebaut werden, dass diese den Klimaschutzzielen entsprechen und durch den reduzierten Energiebedarf für Wärme und Kühlung auch den zukünftigen Haushalt entlasten.

Wir dürfen aber bei aller Euphorie der Gestaltung von Neuem den bestehenden und sanierungsbedürftigen Bestand an kommunalen Gebäuden nicht aus den Augen verlieren. Gebäude wie die Ludwig-Uhland-Schule, die Schwarzwaldhalle bis hin zum alten Rathaus, welches seit etlichen Jahren immer noch ein provisorisches Dach besitzt, warten dringend auf eine energetische Sanierung. Im Ortsteil Gräfenhausen gibt es durch das Nahwärmenetz in der Sixthalle ein klein wenig Entlastung. Das Gebäude selbst steht aber auch zur energetischen Ertüchtigung an.

Herr Bürgermeister Steiner hat das ehrgeizige Ziel formuliert, welches wir voll unterstützen, dass wir die Gemeinde bis 2040 Co2 neutral aufgestellt haben. In diesem Zusammenhang müssen wir uns vor Augen führen, dass wir beim Gebäudebestand den Hebel ansetzen müssen, da hier die größten Emissionen einhergehen.

Am 29.04.2021 vermeldete die tageschau:

Das Klimaschutzgesetz ist in Teilen verfassungswidrig!

Aus Sicht des Bundesverfassungsgerichts greift das Klimaschutzgesetz von 2019 zu kurz. Es fehlten ausreichende Vorgaben für die Emissionsminderung ab 2031, erklärten die Richter.

Der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts verankerte damit die Klimapolitik im Grundgesetz, weshalb die alte Bundesregierung das 2030-Minderungsziel gegenüber 1990 auf 65% anheb. Die Klimaneutralität wurde auf 2045 vorgezogen.
Die Zusagen von Glasgow bringen die Welt erstmals in Richtung 1,8-Grad-Pfad.

Neben der Pandemielage, welche in Wellen uns und das Gesundheitssystem fordert, haben wir mit der Klimaerwärmung, welche im letzten Jahr im Juli nicht nur Schäden im zweistelligen Milliardenbereich (Ahrtal 7 Mrd. lt. SWR) durch die Flutkatastrophe zur Folge hatte, sondern auch Menschenleben forderte, eine Klimakrise. Alleine im Ahrtal waren es laut SWR 134 Menschenleben.

Laut der Tageschau vom 07.11.21 beliefen sich die Schäden auf 29,2 Mrd. Euro, weshalb Finanzhilfen aus dem EU-Solidaritätsfonds für die Folgen der Flutkatastrophe vom Juli beantragt wurden.

Im Dezember 2021 kommt noch ein geopolitisches Krätemessen hinzu.
Die FAZ meldete am 10.12.21, dass die Gasspeicher von Gazprom nur noch zu 18% gefüllt sind. Angeblich hatte die längere Heizperiode im Frühjahr dazu beigetragen.

Am 26.12.21 berichtete Focus, dass durch die Jamal-Pipeline kein Gas mehr nach Deutschland kommt und durch diese in 2020 gut 23 Prozent des Gasbedarfs nach Deutschland kamen. Selbst falls Nord Stream 2 in Betrieb gehen sollte, wird der Genehmigungsprozess noch Monate benötigen. Eine kleine Entlastung des Marktes erfolgt durch Flüssiggasliefereien aus den USA.

Nachdem Gaskraftwerke einen wichtigen Beitrag nicht nur zur Wärmeerzeugung unserer Heizungen, sondern auch zur Erzeugung elektrischer Energie beisteuern, gehen die Börsenstrompreise durch die Decke. An der Bruttostromerzeugung von 598 TWh, war Erdgas mit 89 TWh in 2021 laut Agora-Energiewende beteiligt.

Folge der stark gestiegenen Börsenstrompreise sind Insolvenzen von Billigstromanbietern, oder die Einstellung der Belieferung. Stromio hat laut Mitteldeutscher Rundfunk kurz vor Weihnachten die Belieferung eingestellt. Die Belieferung ist zwar weiterhin über den Grundversorger gesichert. Dieser muss aber teuer Strom an der Börse zukaufen. Die Stadtwerke Osnabrück rufen für diese Neukunden einen Preis von 62 Cent je kWh auf. Am 09. Januar listet das Vergleichsportal Verivox Vattenfall als günstigsten Anbieter mit 45,67 Cent je kWh bei einer jährlichen Abnahmemenge von 2.500 kWh.

Der BDEW hatte für 2021 34,6 Cent als Strompreis angegeben. Diese teilten sich auf in 11,9 Cent für Produktion und Beschaffung, 11,8 Cent Netzentgeld, Konzessionsabgabe, 2,4 Cent Energiesteuer, 8,2 Cent EEG-Umlage & Offshore-Haftungsumlage und 0,3 Cent KWK-Aufschlag. In diesem Betrag stecken natürlich auch 5,52 Cent MwSt.

In diesem Jahr wird die EEG-Umlage von 6,5 Cent auf 3,723 Cent je kWh zurückgeführt. In 2023 fällt die EEG-Umlage gänzlich weg. Trotzdem ist bislang keine Entlastung des hohen Strompreises in Sicht.

Was hat dies mit unserem Haushalt zu tun?

Neben den Bürgern muss sich auch die Kommune auf stark ansteigende Energiepreise einstellen.

Was können wir tun?

Lassen Sie uns die Energiekrise als Chance sehen!

Ab diesem Jahr gibt es die gesetzliche Verpflichtung, dass zunächst alle kommunalen Neubauten mit PV-Anlagen auszustatten sind.

Vom 1. Mai 2022 an muss bei jedem privaten Neubau eine Photovoltaik-Anlage auf dem Dach installiert werden; vom 1. Januar 2023 ist das auch bei Altbauten vorgeschrieben, wenn das Dach saniert wird.

Wir müssen jetzt schnellstmöglich alle kommunalen Gebäude zu Kraftwerken machen, indem wir die Dächer mit maximal an die Dachfläche angepasste PV-Anlagen ausstatten. Die kommunalen Gebäude müssen wir über gemeindeeigene Infrastruktur (Gehwege etc.) miteinander verbinden, um mit diesem virtuellen großen Kraftwerk einen Bilanzkreis aufzubauen. Das heißt, dass Gebäude mit großen PV-Anlagen und kleinerem Strombedarf auf Grund der zur Verfügung stehenden Dachfläche kleine Gebäude mit großem Energiebedarf stützen. Es wird damit keine Autonomie gelingen, aber eine deutliche Kostenentlastung im Hinblick auf den Energieeinsatz und einen wichtigen Beitrag zur Erreichung der CO₂-Ziele. Selbstverständlich sollten die Dächer, falls notwendig, dahingehend ertüchtigt werden, dass eine weitere Dachsanierung erst nach über 20 Jahren ansteht und auch die Statik für die zusätzliche Auflast gegeben ist. Selbst wenn die Module aus Asien kommen, haben wir eine räumliche Wertschöpfung durch den Solateurbetrieb mit Gewerbesteuererinnahmen.

Ausgaben für den Energieeinkauf aus dem Ausland, sind hingegen binnenwirtschaftlich verloren.

Bei Gebäuden, bei welchen es der energetische Zustand bzw. geringere Vorlauftemperaturen zulassen, müssen wir auf Wärmepumpen setzen, welche aus einem Teil elektrischer Energie 3 bis 4 Teile Wärme erzeugen. Gerade bei Neubauten und insbesondere beim Kindergarten Pappelstraße, welcher zu einem späteren Zeitpunkt Senioren dienen soll, ist diese Art der Wärmeerzeugung prädestiniert. Auch unter dem Gesichtspunkt, dass im Sommer damit gekühlt werden kann. In Verbindung mit einer Sole-Wärmepumpe ist der Energieeinsatz dafür sehr gering.

Für Bürger, welche die Energiewende in Birkenfeld voranbringen, sollte analog zu Gemeinden wie Wiernsheim ein Fond eingerichtet werden, über welchen es Zuschüsse für die Installation von Wärmepumpen, oder der Umstellung der Beleuchtung auf LED-Leuchtmittel gibt.

Für Reallabore der Energiewende gibt es vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz Fördermittel von bis zu 15 Millionen Euro pro Partner, bzw. 25 Mio. je Reallabor.

Für den Einbau stationärer raumlufttechnischer Anlagen (RLT) als Corona-Sofortmaßnahme gab es in 2021 ein Förderprogramm, bei welchem 60.169 neu eingebaut und 1.710 Anlagen umgerüstet worden sind. Die Förderung betrug je Standort € 500.000,-. Nur in Verbindung mit den stationären Anlagen kann die Wärme des Abluftanteils an den Sporthallen, Schulen und Kindergärten über einen Wärmetauscher zu gut 85% zurückgewonnen werden. Sollte das Förderprogramm vom BAFA neu aufgelegt werden, sollten wir uns an diesem unbedingt beteiligen.

Innovative Projekte anderer Kommunen im Hinblick auf die Klimawende der jüngsten Vergangenheit sind:

In Stuttgart wird z.B. das Stadtquartier NeckarPark mit 850 Wohnungen, Hotels, Dienstleistungs- und Gewerbetriebe komplett mit der Abwärme des Abwassers, welches von Esslingen kommt, beheizt. Dieses Potential liegt im Megawattbereich.

Im Brötzingen Tal haben wir mit einem Großschlachtbetrieb, einer Wäscherei und einem Lebensmittelhersteller ein signifikant hohes temperiertes Abwasseraufkommen. Die Hebung dieses brachliegenden Potentials stellt eine hohe Chance für Birkenfeld dar. Nicht nur aus ökologischen, sondern auch aus rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Leider haben wir bislang bei der Hebung des Potentials immer noch nicht die notwendige und angemessene Unterstützung erhalten.

In Öhringen wurde 2020 in Verbindung mit der Netze BW die Wasserstoffinsel als Pilotprojekt geschaffen. In einem örtlich begrenzten Gebiet soll der Wasserstoffanteil im Erdgasnetz sukzessive auf bis zu 30 Prozent angehoben werden. Dieses Gebiet wird vom bestehenden Erdgasnetz abgetrennt und eigenständig versorgt, quasi wie eine Insel innerhalb dieses Netzes – die Wasserstoff-Insel. Der dafür benötigte Wasserstoff wird dabei mittels eines klimafreundlichen Elektrolyseurs erzeugt.

In Esslingen wurde mit dem Projekt Neue Weststadt ein Klimaneutrales Stadtquartier geschaffen.

Über die überschüssige Energie der PV-Anlagen auf den Dächern wird mittels eines Elektrolyseurs Wasserstoff erzeugt. Die dabei freiwerdende Wärme von ca. 55°C wird zur Beheizung der Gebäude verwendet. Eine Einladung zur Besichtigung liegt der Gemeindeverwaltung vor.

Laut Agora-Energiewende stiegen die Treibhausgasemissionen in 2021 auf 772 Mio. t CO₂-Äquivalente, womit sich Deutschland vom 2030-Klimaziel entfernt. Der Anstieg ist der wirtschaftlichen Teilerholung, dem kalten Winter 2021 und dem höheren Anteil von klimaschädlichen Kohlestrom geschuldet.

Hinzu kommt, dass der Anteil Erneuerbarer Energien am Stromverbrauch im Wesentlichen durch weniger Wind als in 2020, auf 42,3 Prozent gesunken ist. Es rächt sich, dass die ehemalige Bundesregierung den PV-Ausbau nach der Hochphase in 2010 mit 7,4 GW durch Gesetzesvorgaben und Gängelungen abgewürgt hat. Hierdurch wurden außerdem ca. 50.000 Arbeitsplätze vernichtet.

In den Jahren 2014 bis 2017 lag der Zubau laut Volker Quaschnig bei ca. nur 1,5 GW.

Dem Wald müssen wir zukünftig eine höhere Aufmerksamkeit schenken.

Neben der regenerativen Erzeugung von Energie und dem Heben von Energieeffizienzpotentialen gibt es noch Prozesse, wie z.B. in der Zement- und Düngemittelproduktion, welche eine hohe CO₂-Last mit sich bringen, welche technisch noch nicht stark reduziert werden können.

Neben der Erholungs-, Luftreinhalte- und Kühlfunktionfunktion, ist der Wald eine wichtige Säule, um CO₂ langfristig zu binden und aus der Atmosphäre zu bekommen. Nachdem die Verwaltung dem Gemeinderat aufgezeigt hat, dass die Waldbewirtschaftung die Gemeinde eher Geld kostet, möchten wir anregen, die Forstwirtschaft in Birkenfeld auf die Wegesicherung zu reduzieren, um hier einen wichtigen Beitrag zur Reduzierung der Klimaerwärmung beizusteuern. Sobald Technologien vorhanden sind, welche dies nicht mehr notwendig erscheinen lässt, kann dieser Ansatz wieder in Frage gestellt werden.

So ein Haushaltjahr bietet viele Herausforderungen, aber auch sehr viele Chancen, die Weichen für eine nachhaltige Zukunft für die nachfolgenden Generationen zu stellen. Die UGLB freut sich darauf, diese Herausforderungen anzunehmen und die Dinge mit der Verwaltung und allen Gemeinderätinnen und Gemeinderäten voran zu bringen und zu gestalten.

Wir danken der Finanzverwaltung für die Erstellung des HH-Planens unter erschwerten Bedingungen und die ständige Transparenz. Wir halten es für richtig, die Investitionen weitgehend wie geplant durchzuziehen und der Pandemie und ihren wirtschaftlichen Folgen weiterhin zu trotzen. Wir werden dem Plan zustimmen.